

18. September 2021

## Positionspapier: Wie weiter nach dem gescheiterten Rahmenabkommen Schweiz-EU?

### Erfolgsmodell Schweiz: Wege in die Zukunft

**Nach dem Aus zum Rahmenabkommen mit der EU ist die politische Diskussion in der Schweiz in eine neue Phase eingetreten. autonomiesuisse bringt sich aktiv in die Ausrichtung der Europapolitik der Schweiz ein – mit einem klaren Ziel: den Wohlstand in der Schweiz zu sichern und auszubauen. Voraussetzung dafür ist, dass die Schweiz selbstbestimmt und weltoffen bleibt.**

#### Das Wichtigste in Kürze

- Das Verhältnis zu Europa und zur Welt ist so zu gestalten, dass sich die Schweiz differenzieren und ihr Erfolgsmodell weiterentwickeln kann.
- Dazu muss unser Land die internen Rahmenbedingungen verbessern und die Regulierungsdichte entschlacken.
- Ein intaktes bilaterales Verhältnis zu Europa ist unabdingbar. Weitere Freihandelsabkommen, etwa mit dem Mercosur und den USA, und ein Anschluss an das RCEP-Abkommen sind anzustreben.
- Im Verhältnis zur EU ist Pragmatismus gefragt. Die Schweiz und die EU profitieren von intakten bilateralen Verträgen. Deren Weiterführung muss im Vordergrund stehen. Die bilateralen Verträge funktionieren gut. Sie brauchen keinen «institutionellen Rahmen».
- Um Handelshemmnisse mit Europa und der Welt abzubauen, ist ein «Cassis de Dijon PLUS»-Konzept prüfenswert.
- Statt bei Forschungsabkommen allein auf die EU zu fokussieren, sind auch global Abkommen mit Staaten abzuschliessen, die Spitzenuniversitäten zu bieten haben. Diese Handlungsoption muss selbstbewusster genutzt werden.
- Als Stromdrehscheibe muss die Schweiz ihre Stromversorgung eigenverantwortlich sichern. Dazu muss die Stromproduktion nachhaltig und technologieoffen stark ausgebaut werden. Die Nachbarstaaten sind ebenso anfällig für Stromlücken.

- Von der Personenfreizügigkeit profitiert die EU wie die Schweiz. Allerdings gilt es, die Folgekosten der hohen Nettozuwanderung mit einem liberalen Lösungsansatz abzufedern. Das Potenzial der weltweiten Offenheit ist besser zu nutzen.
- Wichtig ist, dass die Bundesratsparteien sowie die Bundesstellen die Position des Bundesrats klar nach aussen tragen und keine falschen Signale an Brüssel senden. Die Verhandlungen sind selbstbewusst und ganzheitlich zu führen. Einzelvorstösse sind kontraproduktiv.

Seit dem 26. Mai 2021 ist das Rahmenabkommen mit der EU vom Tisch. Dies bietet der Schweiz die Chance für eine Neuorientierung im globalen Umfeld. Mit ihrer direkten Demokratie, ihrem effizienten Föderalismus und ihrer liberalen Marktwirtschaft ist sie gut aufgestellt, um ihr Erfolgsmodell in die Zukunft zu führen.

**autonomiesuisse** hält es für wichtig, keine überstürzten Handlungen vorzunehmen, sondern sich zunächst die Gründe für das Scheitern des Abkommens nüchtern zu vergegenwärtigen. Dabei zeigt sich, dass die viel diskutierten Streitpunkte wie der Lohnschutz, die Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) und der Europäische Gerichtshof nur die Spitze des Eisberges darstellen.

## **Erosion der Wettbewerbsvorteile gestoppt**

Die Kernprobleme des Abkommens lagen in dessen einseitiger Ausgestaltung zugunsten der EU, in den Risiken der «dynamischen» Rechtsübernahme sowie in der Rechtsunsicherheit, die sich aus den vielen Lücken im Abkommen ergab. Zudem glichen die EU-Beihilferegeln bezüglich Folgen für den Föderalismus der «Büchse der Pandora». Die Einschränkungen der Schweizer Demokratie wären mit dem Rahmenabkommen weit über das öffentlich diskutierte Mass hinausgegangen. Mit der schrittweisen Angleichung von Rahmenbedingungen der Schweiz an jene der EU – etwa bezüglich Wirtschaftsfreiheit, Marktregulierung, Bürokratie, Steuern und Protektionismus – wären zentrale Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz erodiert.

## Reiner Tisch als Ausgangslage

Der Bundesrat hat gegenüber der EU fair und partnerschaftlich kommuniziert, dass er das vorgesehene Rahmenabkommen nicht unterzeichnen kann. Zu hoch wäre der Preis eines Verhandlungsabschlusses gewesen. Damit machte der Bundesrat mit der EU reinen Tisch und bewahrte die Beziehung vor grösserem Schaden. Die EU hatte ihrerseits schon 2019 erklärt, dass sie nicht mehr weiter über das Rahmenabkommen verhandeln wolle. Sämtliche weiteren landesinternen Diskussionen um Vertragsdetails stellten ab diesem Zeitpunkt eine Farce dar.

Seit dem Scheitern des Abkommens hat die EU-Kommission die Schweiz bei einzelnen Themen – teilweise im Widerspruch zu bestehenden vertraglichen Regelungen – gepiesackt. Das Verhältnis unseres Landes zu den Staaten der EU blieb bisher jedoch freundschaftlich und partnerschaftlich. An Letzterem darf sich nach Einschätzung von **autonomiesuisse** auch in Zukunft nichts ändern.

## Schweiz muss zuerst Hausaufgaben erledigen

Die Schweiz tut gut daran, das Verhältnis zu Europa und zur Welt so zu gestalten, dass sie sich auch in Zukunft differenzieren kann. Nur so kann sie sich kompetitive Vorteile erarbeiten, die den hohen Wohlstand der Gesellschaft auch künftig ermöglichen. Das bedingt einerseits, dass sie ihre führende Position in der Innovation, Wirtschaftsfreiheit und Wettbewerbsfähigkeit verteidigt, und andererseits ihre Weltoffenheit erhalten kann. Gleichzeitig bleiben ein gutes Verhältnis und offene Märkte mit ihrem wichtigsten Handelspartner, der Europäischen Union, unabdingbar.

Was heisst das konkret für die Politik der Schweiz? Unser Land muss zunächst seine Hausaufgaben machen und die internen Rahmenbedingungen weiter verbessern. Dazu gehören etwa flexiblere Arbeitszeitregelungen, eine Anpassung des Rentenalters an die steigende Lebenserwartung, Aufenthaltsrechte ausländischer Studienabgänger Schweizer Universitäten in den Mint-Fächern sowie eine generelle Entschlackung der staatlichen Regulierungsdichte, die in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen hat.

## Freihandelsabkommen als Schlüssel zu Märkten

Für den weltweiten Erfolg sind die Freihandelsabkommen unseres Landes ein zentrales Instrument. Deshalb sind unter anderen Abkommen mit dem Mercosur und den USA anzustreben. Darüber hinaus wäre ein Anschluss an das Ende 2020 unterzeichnete RCEP-Abkommen (Regional Comprehensive Economic Partnership), das rund einen Drittel der weltweiten Wirtschaftsleistung und Bevölkerung mit Schwerpunkt Asien umfasst, erstrebenswert. Dies hatte beispielsweise auch die Direktorin des SECO, Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, angeregt.

## **Pragmatismus statt Dogmatismus gefragt**

Im Verhältnis zur EU ist Pragmatismus gefragt. Beide Parteien profitieren von den intakten bilateralen Verträgen, deren Weiterführung für die Schweiz im Vordergrund stehen muss. Diese bewähren sich grundsätzlich. Es lassen sich keine nennenswerten grundlegenden Probleme erkennen, die nicht in den bestehenden Ausschüssen gelöst werden können. Die bilateralen Verträge brauchen also keinen «institutionellen Rahmen». Ein solcher würde unsere Demokratie und unseren Föderalismus unnötig einschränken, was **autonomiesuisse** aus unternehmerischer Sicht ablehnt. Sollte es bei den bilateralen Verträgen unerwartet und dauerhaft zu Konflikten mit der EU-Kommission kommen, zieht **autonomiesuisse** ein rein bilaterales Verhältnis, das auf einem modernisierten Freihandelsabkommen beruht, einem starren «institutionellen Rahmenabkommen» klar vor.

## **Handelshemmnisse abbauen, Forschungsk Kooperationen ausbauen**

Damit generell weitere Handelshemmnisse abgebaut werden können, ist die Einführung eines «Cassis de Dijon PLUS»-Konzepts zu prüfen. Mit einem solchen Konzept könnte die Schweiz einseitig Standards und technische Normen von Staaten mit einem vergleichbar hohen Qualitäts- und Sicherheitsniveau anerkennen und übernehmen. Ein solch einseitiger Abbau von Handelshemmnissen wäre sowohl gegenüber Staaten der EU als auch anderen wichtigen Handelspartnern umsetzbar.

Weiter gibt es Bereiche, in denen die Schweiz ihre Aktivitäten zukünftig vermehrt globalisieren und diversifizieren könnte. Das trifft etwa für die Forschungsabkommen zu. Bisher pflegte die Schweiz ein Abkommen mit der EU, die allerdings kaum Spitzenuniversitäten zu bieten hat. Zusätzlich sollte die Schweiz deshalb vergleichbare Abkommen mit anderen Staaten schliessen, in denen sich weltweit im Forschungssektor führende Universitäten finden, wie in der Schweiz selbst. Infrage kommen also beispielsweise die USA, Grossbritannien und Singapur. Solche Abkommen stärken den Innovations- und Forschungsstandort Schweiz.

Mit dem aktuell einkehrenden Pragmatismus dürfte auch die einseitige Kommunikation einzelner Wirtschaftsverbände wie etwa Swissmem zunehmend ins Leere laufen. Ihre Befürchtungen, Schweizer Firmen würde der EU-Marktzugang verwehrt, erwiesen sich als übertrieben oder falsch. Sogar in der häufig als Beispiel angeführten Medtech-Branche waren nur ganz wenige Firmen von Exporthindernissen betroffen – besonders solche, die trotz mehrjährigen Warnungen die Hausaufgaben nicht gemacht hatten. Die propagandamässig viel zitierten hohen Folgekosten der neuen EU-Regulierung treffen ohnehin alle Unternehmen, auch jene mit Sitz in der EU.

## **Stromversorgung erfordert Eigenverantwortung**

In der Elektrizitätswirtschaft gewinnt ebenfalls die realpolitische Vernunft die Oberhand. Ein EU-Stromabkommen hätte der Schweiz die Versorgung keinesfalls gesichert. Denn ausser Frankreich leiden alle unsere Nachbarstaaten im Winter zunehmend an einer Stromlücke. Unser Land kommt mit und ohne Stromabkommen nicht darum herum, den mit der angestrebten Klimapolitik wachsenden Strombedarf mit neuer eigener Produktion zu sichern – sei es mit Wasserkraft, Sonne und Wind, mit Gaskraftwerken oder mit Atomstrom. Da die Schweiz eine systemrelevante Stromdrehscheibe in Europa ist, die auch als Stromspitzenlieferant für die Nachbarländer dient, dürften diese ein grosses Interesse daran haben, den gegenseitigen Netzzugang bilateral zu regeln.

## **Liberaler Lösungsansatz für Personenfreizügigkeit**

Von der Personenfreizügigkeit profitieren die Schweiz und die EU. Dabei ergeben sich jedoch für die Schweiz zunehmend Entwicklungen, welchen die Politik rechtzeitig Rechnung tragen muss. Die sehr hohe jährliche Nettozuwanderung in unser Land bewirkt etwa massiv steigende Bodenpreise, einen zunehmenden Verkehrskollaps und einen hohen Investitionsbedarf in die Infrastruktur. Diese Kosten belasten die Allgemeinheit. Entsprechend stagniert das Sozialprodukt pro Kopf annähernd. Hier wäre ein liberaler Lösungsansatz angezeigt.

## **Klare Kommunikation bringt starke Resultate**

**autonomiesuisse** unterstützt den «neuen Dialog», den der Bundesrat mit den europäischen Staaten, unseren Nachbarn und der EU-Kommission führen will. Weitere Gespräche mit Brüssel bedürfen einer breit abgestützten Position. **autonomiesuisse** erwartet, dass dabei Pragmatismus und die Weiterführung des bilateralen Wegs mit Europa ohne neuen institutionellen Rahmen im Vordergrund stehen.

Wichtig ist auch, dass der Bundesrat intern Klarheit schafft. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass die Bundesstellen keine falschen Signale mehr an Brüssel senden. Gefordert sind in dieser Beziehung auch die Bundesratsparteien. Sie sollten, etwa über ihre Mitglieder in den aussenpolitischen Kommissionen, dazu beitragen, die erarbeitete künftige Position des Bundesrats nach aussen zu tragen. Erfolgreiche Gespräche im internationalen Kontext setzen voraus, dass man interne Differenzen zurückstellt und eine einheitliche Kommunikation gegenüber der Aussenwelt umsetzt. Voraussetzung hierfür ist eine gewisse Koordination der politischen Gremien.

# autonomiesuisse

weltoffen erfolgreich frei

## autonomiesuisse – eine Initiative der Schweizer Wirtschaft

**autonomiesuisse** ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmern und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

**autonomiesuisse** zählt über 750 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann sich auf [autonomiesuisse.ch/mitmachen](https://autonomiesuisse.ch/mitmachen) einbringen.

## Kontakt

Als Leitungsausschuss des Co-Präsidiums von **autonomiesuisse** stehen wir Ihnen gerne für Auskünfte rund um das Rahmenabkommen Schweiz-EU aus wirtschaftlicher und unternehmerischer Perspektive zur Verfügung.

**Dr. Hans-Jörg Bertschi**

+41 79 330 50 72

[hans-joerg.bertschi@bertschi.com](mailto:hans-joerg.bertschi@bertschi.com)

**Prof. Dr. Martin Janssen**

+41 79 413 20 00

[martin.janssen@ecofin.ch](mailto:martin.janssen@ecofin.ch)

**Dr. Hans-Peter Zehnder**

+41 79 330 58 08

[hans-peter.zehnder@zehndergroup.com](mailto:hans-peter.zehnder@zehndergroup.com)

## Social Media

